
Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

THEMEN DER ZULETZT ERSCHEINENEN HEFTE:

März 2017, Nr. 438: Marianne Heimbach-Steins
Europa und Migration. Sozialethische Denkanstöße

April 2017, Nr. 439: Thomas Rusche
Digitale Transformation unserer (Wirtschafts)-Gesellschaft

Mai 2017, Nr. 440: Gerhard Kruijff
Darf man noch Fleisch essen?

VORSCHAU:

September 2017, Nr. 442:
Claus Dierksmeier zum Themenbereich „Religion und Freiheit“

Oktober 2017, Nr. 443:
Jonas Klur zum Themenbereich „Ethik und Internet“

November 2017, Nr. 444:
Christof Mandry zum Themenbereich „Europäische Öffentlichkeit/Europäische Diskurse“

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Brandenberger Straße 33
41065 Mönchengladbach
Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21
Internet: <http://www.ksz.de>
E-mail: kige@ksz.de

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2017
© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln
ISBN 978-3-7616-3193-5

Anfragen

Viele fragen sich zurzeit, ob die Gefahr besteht, dass Europa und der Westen im beginnenden 21. Jahrhundert zerfallen. Waren die Ideen einer *europäischen Friedensordnung* bzw. eines *europäischen Parlaments* bzw. *europäischer Staaten* (William Penn 1691), eines *europäischen Bundes von Nationalstaaten* (Mazzini 1834) und der *Vereinigten Staaten von Europa* (Winston Churchill 1946) reine Utopien? Selbst wenn derartige Ideale bestehen bleiben, so stellt sich doch die Frage, ob der europäische Integrationsgedanke einer *immer engeren Union der Völker Europas* vor der entscheidenden historischen Phase steht. Denn lange nach einer friedlichen Integrationsphase, von den Pariser Verträgen von 1951 beginnend, ist die europäische Idee einer politischen Union zum ersten Mal wirklich in die Krise geraten, weil sie von vielen Unionsbürgern in ihrer Legitimation und in ihrer Vorteilhaftigkeit angefragt wird.

Die über tausend Jahre alte europäische Gemeinschaftsidee ist bereits im Jahr 732 in Spanien zum ersten Mal formuliert worden, hat sich um das Jahr 800 mit Karl dem Großen und vor allem 962 mit Otto I. als *Haupt der Europäer* zur ersten Vereinigung im Heiligen Römischen Reich formiert, das jedoch als Vielvölkerstaat noch als repressiv gegenüber Autonomiebestrebungen und in keiner Weise von einer freiheitlichen und friedlichen europäischen Idee beseelt war. Der sich bereits im frühen Mittelalter zu erkennen gebende Ansatz der Bildung eines europäischen Bewusstseins wurde maßgeblich von der Idee eines einheitlichen, föderalen Kaisertums begleitet. Einheitlichkeit bedeutete damals noch eine Vereinigung von Ländereien und Fürstentümern unter dem Haupt eines Kaisers oder Königs, was mit moderner Freiheit, Gleichheit oder Mobilität nicht viel zu tun hatte. Nach hunderten von Jahren fürstlicher, konfessioneller und nationalistischer Irreführungen und einer historischen Phase der Nationalstaatlichkeit, die in menschenverachtenden Kämpfen, Kriegen und Totalitarismen in den zwei Weltkriegen ihren Höhepunkt fanden, ist seit 1957 erstmals eine friedliche, kooperative demokratische Union von gleichberechtigten europäischen Staaten entstanden. Zum ersten Mal in der Geschichte fangen die europäischen Nationalstaaten an, die Einheit Europas nicht mehr als hegemoniale Vorherrschaft zu begreifen, sie nicht mehr im Gegensatz zu staatlicher Souveränität zu sehen, sondern schaffen eine transnationale Körperschaft der Europäischen Union.

Seit 2016 stellt sich jedoch die historische Frage, ob wir es mit einer geopolitischen Rezession zu tun haben oder mit der grundsätzlichen Rückentwicklung des Westens hin zu Nationen, Völkern und sich selbst vergewissernden Kulturräumen. Ist den Menschen die Pluralität und Globalität zu viel, weil sie sich nur in kleinen, überschaubaren Einheiten zu Hause fühlen?

Rechtsradikale Gedanken, Ausländerhass, Nationalismus und Diskriminierungen aufgrund von Religion und Nationalität sind Phänomene, die von vielen Intellektuellen der Gegenwart in rechtsstaatlichen Demokratien überholt geglaubt waren. Weiterhin sind neuerdings Anfeindungen gegen Freihandel und globale wirtschaftliche wie kulturelle Offenheit bei US-Amerikanern sowie Europäern genauso verbreitet sowie das (Vor)-Urteil, dass der politische Zusammenschluss Europas für die Bürgerinnen und Bürger eines Staates bedrohlich sei. Ob der Westen zerbricht und das Zeitalter der liberalen Offenheit der westlichen Welt nicht nur in den USA, sondern auch in Europa an ein Ende kommt, fragen sich deshalb viele Zeitgenossen. Es ist eine berechnete Frage der Zeitgeschichte, *ob sich die westliche Zivilisation selbst überfordert*, da sie vor dem Hintergrund ihrer überwiegend christlichen Kultur- und Religionsgeschichte, ihrer gemeinsamen ethischen Aufklärung und mit ihrem Bekenntnis zur rechtsethischen Gleichheit aller Individuen die kosmopolitische Offenheit von ihren Bürgerinnen und Bürgern und die Übernahme eines universalen Humanitätsanspruch erwartet. Noch weitaus tiefergehend ist deshalb die geistesgeschichtliche Kernfrage unserer Gegenwart, ob das Bekenntnis zu universalen Werten und verallgemeinerbaren, kulturübergreifenden Normen überlebt.

Kampf der Weltanschauungen

Ein Teil der Wahlbürger westlicher Demokratien scheint das eigentliche normative Projekt des Westens, nämlich Menschenrechte, Minderheitenschutz und Rechtsstaatlichkeit ebenso wie die Offenheit zum Rest der Welt aus dem Blick zu verlieren. Die faktische Begrenztheit der fiskalischen Ressourcen eines Staates bietet ein wesentliches Argument dafür, dass materielle und moralische Werte nur republikanisch garantiert werden sollen. Humanität und soziale Gerechtigkeit gelten als knappes Gut, das ein Sozialstaat nur gegenüber einer einheimischen Bevölkerung zu garantieren vermag. Das europäische Demokratie- und Humanitätsideal scheint vom islamischen Terror bedroht. Insbesondere die nun ansteigende Migration aus Afrika und dem islamisch-arabischen Raum verschärfen die Abgrenzungsbestrebungen und Ängste vieler Menschen in westlichen Wohlfahrts- und Industriestaaten.

Historisch ist die christliche und auch philosophische Ethiktheorie jedoch immer anders ausgerichtet gewesen. Das Ideal von einer immer fortschreitenden Humanisierung von Gesellschaften wurde seit der Aufklärung mit dem Theorem von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ und in der christlichen Ethik mit Prinzipien der Würde der Person, der Solidarität unter den Menschen und der Gerechtigkeit gegenüber allen allgemeingültig formuliert. Vor diesem ethischen Hintergrund war, nach einem Zeitalter der destruktiven Nationalstaatlichkeit in Europa, die Entwicklung friedfertiger demokratischer Rechtsstaaten ethisch folgerichtig, weil

nur dort alle Bürgerinnen und Bürger als Souveräne des Staates mitbestimmen können und gleichermaßen Rechtsschutz genießen. Praktisch waren die rechtsethischen Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität besonders nach dem Zweiten Weltkrieg für die Rechtsstaaten aller westlichen Demokratien maßgeblich und wurden nach der Wende 1989 im Zuge der Demokratisierung auch in den Verfassungen vieler, ehemals sozialistischer, osteuropäischer Länder übernommen. Die überwiegende Mehrheit der Menschen in der westlichen Welt geht davon aus, dass Menschenrechte innerhalb und über die eigenen staatlichen Grenzen hinaus gelten, und die globale Aufgabe weiterer Humanisierung in der Verantwortung der westlichen zivilen, liberalen und sozialen Rechtsstaaten liege.

Nach dem Rückzug der Vereinigten Staaten von Amerika aus der globalen Verantwortung ruht die Hoffnung auf globale Führung im humanitären Sinne nun auf Europa, das sich seit der Antike als heterogener, aber kulturell verwandter Kontinent entwickelt hat. Nach der Wende von 1989 und der Demokratisierung ehemals sozialistischer Staaten erschien es zunächst so, dass sich historisch das erfüllt, was Edmund Husserl bereits 1937 gegen den damaligen Zeitgeist konstatiert hat: *„Die europäischen Nationen mögen noch so sehr verfeindet sein, sie haben doch eine besondere innere Verwandtschaft im Geiste durch sie alle hindurchgehend, die nationale Differenzierung übergreifen.“* Er bestätigt damit das, was Europäer erfahren, wenn sie längere Zeit außerhalb des Kontinentes leben: eine ähnliche und verwandte Interaktions-, Verhaltens- und Reflexionskultur trotz unterschiedlicher Muttersprachen, analoges Herangehen an Probleme, ernsthafte, sachorientierte Auseinandersetzungen untereinander, eine selbstverständliche Akzeptanz von Heterogenität und Pluralismus, eine gemeinsame Einigung auf Rationalität als Basis humaner Interaktion, Menschenrechte als unveräußerliches und ethisches Erbe, das nicht mehr unterboten werden kann, und die Achtung der Geschichte und Religion der jeweils anderen, also ein bitter erworbenes und historisch ererbtes Bewusstsein für notwendige Toleranz gegenüber Andersdenkenden.

Im Grunde wird diese europäische Humanitätsidee zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum ersten Mal von vielen gelebt, nämlich durch eine in der Kulturgeschichte Europas einzigartige junge, weltoffene Generation gebildeter Europäer und Europäerinnen, die moderne Generation der Zwei- und Mehrsprachigen, der Globetrotter, der Erasmus- und Sokratesstudierenden, der selbstverständlichen Kosmopoliten; eine Generation von Europäerinnen und Europäern, welche die Welt zum Mittelpunkt ihrer Lebensphilosophie gemacht hat. Die Mehrheit dieser jungen, gebildeten und mobilen westlichen Generation scheint *das europäische Projekt einer zivilen Moral der Toleranz und globalen Verantwortung* – trotz aller kulturellen Pluralität ihrer selbst – verinnerlicht zu haben. Denn sie finden ihre moralische Identität nicht mehr allein über die Integration in eine nationale Kultur oder über die Identifikation mit einer homogenen Volksgruppe, einer Glaubensgemeinschaft

oder der eigenen Familie, sondern über kosmopolitische, normative Visionen und heterogene humane Lebensphilosophien.

Dem steht in Europa die Renaissance eines nationalistischen Republikanismus in älteren Generationen und bei einer Minderheit von Jüngeren gegenüber, denen nationales Eigeninteresse und die Maximierung der Interessen der einheimischen Bevölkerung wichtiger erscheinen als die Orientierung an einer universalen, oder zumindest an einer mit den Interessen anderer kongruenten Werteorientierung von Politik und Wirtschaft. Das Thema der Humanisierung der Menschheit scheint von der Agenda mancher gegenwärtiger demokratischer Parteien genommen und nur noch den christlichen Kirchen ein Anliegen zu sein, bzw. ein politisches Anliegen einer Minderheit kosmopolitisch denkender, liberaler Einzelpersonlichkeiten, Politikern und Parteien, von denen wir nicht wissen, wie lange sie demokratischen Rückhalt genießen werden. Denn die westlichen Gesellschaften sind weltanschaulich gespalten.

Manche demokratisch gewählten Regierungschefs sind sogar bereit, die bislang sicher geglaubten westlichen Konventionen des Respekts vor dem politischen Gegner, einer an Recht orientierten, minimalen Moralität und der Selbstverpflichtung, sich an Fakten zu orientieren, aufzugeben zugunsten populärer Versprechungen und der Maximierung ihrer Interessen im Sinne ihrer nationalen Wählerschaft und der Machtgewinnung um jeden Preis. Diesseits des Atlantiks wählten mehrheitlich Engländer bewusst die Abkoppelung von dem freiheitlich transnationalen Projekt der Europäischen Union, weil sie hiervon ihre Souveränität beeinträchtigt sehen und die Einwanderung von anderen Europäern als für sich bedrohlich ansehen. Analoge Argumente werden von allen rechten Parteien in anderen europäischen Staaten vorgebracht, die allerdings bislang nur in wenigen Ländern Europas reüssieren konnten. Immer steht die republikanische Position dahinter, dass der klassische Nationalstaat die Interessen seiner Bürger besser vertreten könne, als ein Bund gleichgesinnter, liberaler Staaten bzw. eine transnationale Union. Die handelnden Akteure und die analogen Argumente zeugen von einem *Republikanismus der nationalen Überlegenheit*, in dem bewusst globale Probleme ausgeblendet werden.

Gründe der Verunsicherung

Der Grund des Rechtsrucks in Europa, in Großbritannien und in den USA liegt nicht darin, dass die Weltwirtschaft in einer Rezession ist und deshalb Notstand in der westlichen Welt herrscht. Man kann von einem Paradoxon des im weltweiten Vergleich einzigartigen Wohlstandes, hoher Durchschnittseinkommen und Wachstumsraten und des langzeitigen Friedens bzw. im internationalen Vergleich hoher Zufriedenheitswerte sprechen. Ein Grund für die Flucht in Nationalismen ist, dass es trotz guter makroökonomischer Werte ein Bewusstsein für eine erhebliche

gesellschaftliche und politische Spaltung zwischen relativ Armen und Reichen in Wohlstandsgesellschaften, zwischen vom Abstieg Bedrohten und global Wettbewerbsfähigen, zwischen wiedererstarkten Nationalisten und jungen Kosmopoliten bzw. Europäern, zwischen vielen Alten und zu wenigen Jungen gibt. Die Trennung liegt zwischen denjenigen, die keine Bedenken vor weiterer Öffnung ihrer eigenen Gesellschaft und fortschreitender Globalisierung ihrer Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft haben, und denjenigen, die die Offenheit westlicher Gesellschaften und den globalen Wettbewerb mit anderen Nationen als Bedrohung ihrer Existenz ansehen. Erstere sehen die Lösung in einem immer weiteren Zusammenwachsen der Welt unter den Vorzeichen von fairer und nachhaltiger Marktwirtschaft ebenso wie kooperierenden rechtsstaatlichen Demokratien, wohingegen letztere relativ geschlossene Nationalstaaten und homogene Gesellschaften mit eindeutig privilegierten Ethnien bzw. Leitkulturen bevorzugen.

Westliche Gesellschaften scheiden sich darüber hinaus an der Trennlinie derer, die globale sozialwissenschaftliche Zusammenhänge sehen und dabei erkennen, dass es durch den Vernetzungsgrad der Welt kaum mehr möglich ist, sich wirtschaftlich, kulturell, politisch und sozial abzuschotten, ohne gerade den weniger Begünstigten in der eigenen Gesellschaft nachhaltig zu schaden. Auf der anderen Seite der Gesellschaft steht eine unheilige Allianz von privilegierten Traditionalisten und unterprivilegierten Rechten, die beide aus unterschiedlichen Gründen das Rad der Geschichte in Richtung Nationalismus zurückdrehen möchten und dabei weit über das hinausgehen, was unter gemäßigter konservativ-demokratischer Politik zu verstehen ist. Die neue Rechte will den ethnisch homogenen Nationalstaat mit Präferenz für Inländer und eine politische Bevorzugung für die nationale Volkswirtschaft, zurück – im Sinne eines wirtschaftspolitischen Protektionismus und Interventionismus. Innergesellschaftlich lassen sich Konservative und Rechte dahingehend unterscheiden, ob eine nationale Kultur und das geltende Recht von allen Migranten *respektiert*, oder ob eine Leitkultur *übernommen* werden soll, die weit über den Sprachenerwerb und den Respekt vor einer demokratischen Verfassung hinausgeht.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist – 2008 anders als 1929 – ein Zusammenbruch der Weltwirtschaft mit der sicheren Folge einer Jahrzehnte dauernden Weltwirtschaftskrise abgewendet worden. Allerdings sind die sozialen Nachwirkungen der abgeschwächten Krise im Jahr 2017 noch zu spüren, vor allem in Form der Eurokrise und der finanzwirtschaftlichen Krise Südeuropas. Auch hier gibt es große Gruppen von Verlierern innerhalb der Bevölkerung, die ihre Situation ebenso wie den Rückgang von Reallöhnen fälschlicherweise allein auf die Globalisierung, die Europäische Einigung oder multikulturelle Pluralisierung der Gesellschaften zurückführen. Richtig daran ist, dass wenig Qualifizierte in der klassischen Industrieproduktion gegen Menschen, die in Asien für Billiglöhne arbeiten, nicht konkurrenzfähig sind. Denn gering qualifizierte Arbeiten werden in der industriellen

Produktion in andere Teile der Welt verlagert, wobei Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich oder in neuen Technologien wie der digitalen Wirtschaft nicht im selben Maße Alternativen bieten. Dies lässt sich nur durch eine sekundäre politische Verteilung korrigieren, die die soziale Partizipation am Wohlstand einer Nation und die gesellschaftliche Beteiligung aller herstellt.

Chancen und Bürden der Globalisierung

Im Gegenzug zu Problemen mangelnder Inklusion von weniger Qualifizierten in Gesellschaften des Westens entstand seit der letzten Globalisierung im ausgehenden 20. Jahrhundert in vielen Teilen der westlichen Welt ein erheblicher Wohlstand. Es wurde darüber hinaus in den vergangenen Jahrzehnten in Entwicklungs- und Schwellenländern die krasse, überlebensbedrohliche Armut wie ohne Vergleiche in der Geschichte der Menschheit weltweit auf rund 10 Prozent der Weltbevölkerung reduziert, wobei jeder aufgrund von Hunger, Durst, Armut und vermeidbaren Krankheiten sterbende Mensch einer zu viel ist. Die Globalisierung ist für den Rest der Welt (abgesehen von Afrika, südlich der Sahara) ein unvergleichliches Entwicklungsprogramm, das nach Prognosen der Weltbank bei fortschreitender Vernetzung der Weltwirtschaft in der Mitte des 21. Jahrhundert zum Verschwinden absoluter Armut führen kann. Im gleichen Zug profitiert die ganze westliche Welt durch die geringeren Faktorpreise in der Herstellung vieler Produkte und durch die internationale Arbeitsteilung, die dazu führte, dass in Deutschland derzeit rund 30 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vorhanden sind – mehr als je zuvor.

Dennoch gibt es ein nicht zu leugnendes soziales Problem: Trotz einer kontinuierlichen Hebung des volkswirtschaftlichen Durchschnittseinkommens, das über gewisse Umverteilungsmechanismen wie die Bereitstellung von öffentlichen und meritorischen Gütern allen zugute kommt, gewinnen hochqualifizierte, wirtschaftlich erfolgreiche Bevölkerungsgruppen überproportional über ihre eigenen Arbeits-, Gewerbe- und Kapitaleinkommen. Andere Menschen in Europa haben deshalb den Eindruck, dass sie in der Globalisierung eher verlieren als gewinnen. Sie kalkulieren hierbei häufig das Wachstum ihrer Volkswirtschaften über die vergangenen Jahrzehnte nicht mit ein, noch die betriebswirtschaftlich notwendige Koppelung der Löhne an das Produktivitätsniveau, dem die Unternehmen in aller Regel Rechnung tragen.

Generell lässt sich sagen, dass nur dann spürbare Verbesserungen der Lebenssituation bei ärmeren Schichten in der Folge der Globalisierung eintreten, wenn demokratische Staaten ihre eigentliche Aufgabe darin sehen, seriöse Politik für alle Bürgerinnen und Bürger zu betreiben und Unternehmen beispielsweise über eine machtbalancierte Tarifautonomie dazu anreizen, an ihren Gewinnen alle Arbeitnehmer in ausreichendem Maße teilhaben zu lassen. Wenn also die Herstellung

öffentlicher Güter und die sozialpolitische Absicherung für Notlagen von Menschen zum politischen Programm gehört und wenn Produktivitätssteigerungen an die Beschäftigten durchgereicht werden, kann man von nachhaltigen „Trickle-Down-Effekten“ auch in sozialer Hinsicht ausgehen, so dass gezielt *alle* Bürgerinnen und Bürger eines Landes am Mehrwert und am Wohlstand einer Volkswirtschaft beteiligt werden. Dies geschieht in unvergleichlicher Weise in Staaten mit starken Sozialsystemen wie in skandinavischen Ländern, aber auch in Deutschland, einem Land mit einem der stärksten Sozialsysteme weltweit.

Die politische Herausforderung, eine Situation der Zufriedenheit der Bevölkerung zu erreichen, ist allerdings nicht mehr so einfach wie in Zeiten des industriellen Wirtschaftswunders der westlichen Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Um das Wohlstandsniveau heute bei allen Menschen zu heben, gibt es keine Alternative zur Sozialen, jedoch freiheitlichen Marktwirtschaft mit internationaler Offenheit und zu einem starken, solidarischen Sozialstaat, der verteilende und ausgleichende Wirkung hat. Es bedarf nämlich erheblich intensiverer Bildungs- und Umschulungsanstrengungen im unteren Sektor der Gesellschaft. Darüber hinaus wollen Menschen sichere soziale Netze, die wirklich eine Ausfallbürgschaft bei Krankheit, Arbeitsverlust und sozialen Notlagen bieten, so dass vor allem die weniger Begünstigten eine Chance auf Partizipation und Inklusion haben. Die Förderung der weniger Leistungsstarken lässt sich nicht allein über höheres Wirtschaftswachstum generieren, wenn die soziale Ausfallbürgschaft für die Notleidenden fehlt – ein Trugschluss, dem fast die ganze angelsächsische Welt mehrheitlich verfällt.

Wirtschaftsethisch und sozialpolitisch ist sowohl die Überentwicklung von Sozialstaaten ein gravierendes Problem als auch deren Erosion oder Unterentwicklung. Wenn in westlichen Gesellschaften demokratische Politik Verschuldungs- und Währungskrisen produziert (Südeuropa), Strukturreformen verschleppt (Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland...) oder Politik einem liberalistischen marktwirtschaftlichen Wettbewerb ohne soziale Abfederung freie Hand lässt (Großbritannien und USA), dann wird Politik auf Kosten nachfolgender Generationen gemacht. Die soziale Unzufriedenheit relevanter Minderheiten in der westlichen Welt, die über die Repräsentanz rechter Parteien schnell zu Mehrheiten mutieren, rächt sich in der Folge und führt zu systemkritischen Wahlergebnissen, die das offene liberale westliche Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell infrage stellen. Radikale, nationalistische Einfach- und Scheinlösungen geben den Menschen falsche Hoffnungen auf eigenen Aufstieg und zeichnen eine idealisierte Vergangenheit des Industriezeitalters und der Zeit geschlossener Nationalstaaten. Populisten und Nationalisten nutzen diese retrospektiven Idealfolien mit kontraproduktiven Auswirkungen gerade zum langfristigen Schaden für die Wählergruppen, die ihnen Glauben schenken.

Allerdings wurden auch in Europa viele Politikfehler gemacht, die unverzeihlich sind. Es ist die Frage ernsthaft zu stellen, ob die politische Duldung einer Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 50 Prozent in Südeuropa ohne eine gemeinsame europäische offensive und konzertierte Bildungs- und Investitionspolitik nicht nachhaltige Verwerfungen dieser verlorenen Generation gegenüber den demokratischen Systemen in Südeuropa und gegenüber der Europäischen Union bringen wird. Es läge im langfristigen Eigeninteresse der automatisch mithaftenden reichen Euroländer, nicht nur auf Austerität und Strukturreformen in Südeuropa zu achten, sondern auch für die davon existentiell betroffenen Menschen durch überbrückende staatliche Investitionsprogramme zu sorgen. Denn nicht nur Globalisierung ist politisch gestaltbar, sondern auch die Solidarität der europäischen Staaten untereinander.

Migration und soziale Deprivation im Westen

Negative politische Erfahrungen in den neuen Bundesländern nach 1989, in denen jahrelang eine Arbeitslosenquote von über 20 Prozent geduldet wurde, so dass die Menschen dort die deutsche Einheit nicht als Gewinn für ihr persönliches Leben erfahren haben, führten nach 2008 dazu, dass in Teilen der neuen Bundesländer, rechte oder linke Parteien zeitweise zusammen über ein Drittel der Bevölkerung gewinnen konnten. Viele ältere und sozial bedrängte Menschen im deutschen Osten sind nach der Wende nicht vom Vorteil eines freiheitlichen, offenen Systems überzeugt, weil sie für sich selbst Unsicherheit und Enttäuschungen erfahren haben. Gerade diese nehmen Neubürger, Migranten und Flüchtlinge mit einer anderen Kultur oder einer intensiv gelebten Religiosität als Bedrohung ihrer selbst wahr.

Die extreme Befürchtung der Überfremdung durch die Einwanderung von asylsuchenden Flüchtlingen ist vor diesem sozialen Hintergrund zu verstehen – auch in den östlichen europäischen Staaten. Für Deutschland lässt sich ein deutlicher West-Ost-Unterschied erkennen. Die Generation ehemaliger DDR-Bürger hatte vor 1989 keine positive Erfahrung von Multikulturalität, die die westlichen Bundesländer schon seit der alliierten Besatzungszeit und der ersten Gastarbeiterwelle in den späten 1960er Jahren gemacht haben. Dies erklärt eine höhere Distanz der ostdeutschen Bevölkerung. Insbesondere, wenn eigene Entbehnungen in der Bevölkerung existieren, reduziert sich die Bereitschaft zur Integration vermeintlich Fremder überproportional, zumal die neue Konkurrenz als bedrohlich empfunden wird.

Eigene Deprivationserfahrungen liegen, wie bereits angesprochen, sowohl in der angelsächsischen wie auch in der kontinentaleuropäischen Welt bei maßgeblichen einheimischen Minderheiten vor. Wenn durch eine Politik der sozialen Vernachlässigung viele Millionen arbeitslose Menschen in Europa und arbeitende Arme in den USA nicht inkludiert werden, wenn relevante Mehrheiten der Bevölkerung sozial absteigen oder den Abstieg fürchten, dann ist es nicht verwunderlich, dass sich diese Menschen von der sich modernisierenden, pluralisierenden und globalisierenden

den Welt oder sogar von einer friedlichen Europäischen Union bedroht fühlen. Wenn Menschen in einer Demokratie wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklungsprozesse nicht für sich selbst als vorteilhaft erfahren, sondern den Eindruck haben, dass immer „andere“ profitieren, entstehen Mehrheiten für Populisten, Nationalisten und Rassisten. Denn Menschen, die Ängste haben oder Entbehnungen erleiden, sind universale Werte nicht so viel wert wie kurzfristige Versprechungen auf ein besseres persönliches Leben. Vor allem, wenn relevante Mehrheiten unterhalb einer bestimmten Einkommens- und Wohlstandsgrenze leben müssen, sie aber im selben Land und im direkten Vergleich Wohlstand und Ungleichheit erleben, so hat dies systembedrohliche Auswirkungen. Die empirische Ungleichheitsforschung belegt diese psychologischen Zusammenhänge in nationalen Kontexten. Denn der Zufriedenheitsgrad der Menschen hängt nicht unerheblich vom direkten Vergleich mit Bessergestellten der eigenen Gesellschaft ab. Diese sozialpsychologischen Zusammenhänge müssten demokratische Politik und Volksparteien bereits aus Gründen ihres eigenen Erfolges bedenken, selbst wenn sie nicht direkt das Soziale zum Programm haben.

Ethische Kriterien für kosmopolitische Offenheit

Die Praxis weitgehend offener Gesellschaften ist in Zeiten der Globalisierung für die westliche Welt schwierig geworden. Denn es gibt globale Dilemmata und Ungleichzeitigkeiten, die auftreten und das langfristige Friedensprojekt einer zusammenwachsenden Menschheit verblassen lassen. Sowohl ökologische Nachhaltigkeit wie auch globale Arbeitsteilung haben Kehrseiten wie z.B. den Strukturwandel in ganzen Industriebereichen, der vorübergehend zu sozialen und wirtschaftlichen Einschnitten führt, deren Sinn die Betroffenen nicht sehen. Es bleibt jedoch keine Alternative zur politischen Aufklärung und Bildung aller Menschen in modernen Demokratien. Die in westlicher Politik gängige Option, Menschen mit unerklärten sozialen Härten oder sie überwältigender Überfremdung alleine zu lassen, führt zu systembedrohlicher Politikverdrossenheit und Radikalopposition gegen Fremde. Wenn Menschen einsehen, dass arbeitsteilige, hochdifferenzierte Industrien und Dienstleistungen bereits aufgrund alternder und schrumpfender westlicher Gesellschaften Migranten und integrationsfähige Asylanten dauerhaft dringend brauchen, werden sie diese eher willkommen heißen. Der reine Appell an Moral und Humanität oder der spröde Verweis auf geltendes Asylrecht reicht den Menschen nicht aus. Politik und Wirtschaft müssen erklärt werden, ebenso wie Humanität plausibel gemacht werden muss, dass sie langfristig im Interesse aller steht – auch der im Moment privilegierten westlichen Welt.

Außerdem braucht die globale und kosmopolitische Transformation ehemals abgeschlossener Ethnien, Völker und Nationalstaaten eine Zeit der Akzeptanz bei der Bevölkerung. *Globalisierung darf nur so schnell gehen, wie die Menschen sich*

selbst mental der Welt öffnen können. Prozesse der Pluralisierung von freiheitlichen Gesellschaften können politisch nur insoweit und in der Geschwindigkeit zugelassen werden, wie die Menschen in ihrem Bewusstsein folgen können und wie sie selbst an diesen Veränderungsprozessen partizipieren. Andernfalls führt eine Politik offener Grenzen sowohl in ökonomischer wie auch in migrationspolitischer Hinsicht rechtsradikalen Parteien ungeahnte Mehrheiten zu und lässt demokratische Gesellschaften bedrohlich wanken. In einer Demokratie braucht eine Politik der Offenheit auch die Unterstützung derjenigen, die ihre Privilegien mit anderen teilen müssen. Die Einsicht, dass sowohl die Weltwirtschaft als auch das Zusammenrücken und die friedliche Mischung der menschlichen Kulturen kein Nullsummenspiel sind, sondern eine Win-Win-Situation für beide Seiten, muss sich erst durch persönliche Erfahrung bewahrheiten. Für die hierzu notwendige Aufklärung, Inklusion und Gleichberechtigung von Gesellschaftsgruppen, Ethnien, Religionen, Geschlechtern und Altersgruppen in demokratischen Gesellschaften zu sorgen, bleibt die größte politische und gesellschaftliche Aufgabe der Gegenwart. Hierzu helfen mehr als jegliche theoretische Kalkulation und Erörterung die konkreten Begegnungen von Mensch zu Mensch, wo der andere und die anderen als menschlich und bedürftig erfahren werden.

In der ethischen Theorie gibt es keine Alternative zur moralischen Gleichheit aller Menschen, Ethnien und Völker. In der westlichen Welt wurden die Menschenrechte und die universale und personale Moraltradition des Christentums und der Aufklärung in die politischen Strukturen rechtsstaatlicher Demokratien und Sozialstaaten weitgehend aufgenommen. Die Achtsamkeit, mit der der Staat und die Gesellschaft miteinander umgehen, werden derzeit durch die *Anarchie in sozialen Netzwerken*, in denen menschliche Niederträchtigkeit, Rufmord und persönlich verletzende Gemeinheiten ungehindert zirkulieren, konterkariert. Es wäre eine Tragik der westlichen Geschichte, wenn Errungenschaften menschenrechtlicher Humanität durch Populisten, nationalistische Parolen, Fake News, missbrauchte Netzfreiheit und durch komplexitätsreduzierende Propaganda im 21. Jahrhundert zunichte gemacht würden und es zu einem erneuten Backlash der Humanitätsgeschichte käme. Diesbezüglich müssen demokratische Rechtsstaaten das Vakuum der digitalen Welt durch die gesetzliche *Einführung eines Systems der digitalen Regulierung* beenden, das Ideal der endlosen Netzfreiheit im Sinne betroffener Menschen infrage stellen und Rechtsnormen schaffen, die die Verletzung von Persönlichkeitsrechten ahnden – ohne zugleich eine staatliche Überwachung der grundsätzlich freien digitalen Kommunikation einzuführen. Aber die Freiheit des einen endet nicht nur in der kantischen Welt, sondern auch in der digitalen realen Welt an der Freiheit und Würde des jeweils anderen.

Analoges gilt im weltweiten Wettbewerb. Eine Vermischung von politischer und wirtschaftlicher Ebene, die sich derzeit in den USA beobachten lässt, ist nicht im Sinne des Wohles für alle Betroffenen. Denn es besteht die konkrete Gefahr, dass

die Finanzwirtschaft wie vor 2008 dereguliert wird, so dass in Kürze dieselben Gefahren die Weltwirtschaft wieder bedrohen könnten. Wenn auf höchster politischer Ebene der mächtigsten Volkswirtschaft der Welt die rechtliche Kontrolle der Wirtschaft rückgängig gemacht wird oder nicht mehr unter eine gemeinwohlorientierte nationalstaatliche Kontrolle gestellt wird, ist die *Weltwirtschaft in Gefahr*. Rechtliche und staatliche Kontrollmechanismen für Wettbewerb haben nicht nur die Freiburger Schule und die Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft, sondern bereits Adam Smith als unabdingbare Voraussetzung der Marktwirtschaft gefordert.

Vor allem darf die politische Regulation von Marktwirtschaften nicht durch gewinnwirtschaftliche Interessenmaximierung einer eigentlich zur politischen Kontrolle gedachten exekutiven Instanz ausgehebelt werden. Hierbei ist von der Theorie her zusätzlich zu bedenken, dass auch eine globale Marktwirtschaft nur stabil sein wird, wenn Deregulierung und Gewinnstreben an realwirtschaftliche Zusammenhänge rückgebunden bleiben, und wenn der globalen Wirtschaft ihre Gemeinwohlausrichtung politisch und rechtlich durch eine „Gewaltenteilung“ von Rechtsstaaten und freier Unternehmerschaft in Form von Rechtsregeln für einen fairen Wettbewerb vorgegeben wird. Ein Zusammenbruch der Weltwirtschaft ist aufgrund oligopolistischer wirtschaftlicher Konzentrationen, einer Deregulierung von Kapitalmärkten und einer gleichzeitig mangelnden politischen Kontrolle von Real- und Finanzwirtschaft, wie im Jahr 2008 fast geschehen, immer möglich. Sie ist umso wahrscheinlicher, je weniger Institutionen den globalen Wettbewerb zu Fairness zwingen und den Rahmen für betriebswirtschaftliche Marktaktionen setzen. Das Gegenteil, nämlich stärkere Regulierung von Globalisierung, wäre angesagt, um die soziale volkswirtschaftliche Wirkung marktwirtschaftlich konkurrierender Interaktionen zu garantieren, damit Marktversagen nicht die bislang schon am meisten Benachteiligten auch am meisten treffen. Dies ist die eigentliche Gefahr eines angelsächsisch libertären Kapitalismus mit nationalistischer Ausrichtung (ruinöser Steuerwettbewerb nach unten, Protektionismen, Marktabschottung...), der noch sehr wenig mit der Idee einer „Globalen Sozialen Marktwirtschaft“ zu tun hat.

Schlussfolgerungen

Re-Nationalisierung und kollektive Aggression gegen vermeintlich fremde ethnische und religiöse Gruppen sind ebenso kritisierbar wie eine bewusste Missachtung von Daten, Fakten, empirischen Ergebnissen und wissenschaftlichen Aussagen in Politik und Netzwelt. Die Selbstbindung an eine auf Wahrheit ausgerichtete Kommunikation ohne bewusste Täuschung ist nicht erst seit Jürgen Habermas eine unbedingte Voraussetzung für den verständigungsorientierten Diskurs innerhalb und zwischen Gesellschaften, sondern schon mit Beginn des Christentums Grundlage der Ethik. Alles andere käme einer Abwendung der westlichen Welt vom

Projekt der Aufklärung mit ihrer Ausrichtung an Vernunft bzw. Rationalität ebenso wie einer grundsätzlichen Abwendung vom christlichen Erbe Europas gleich, welches die Ausrichtung auf Universalität und Humanität zur nicht hintergehbaren Norm gemacht hat.

Wähler und Politiker sollten das historische Faktum nicht vergessen, dass in rechtsstaatlichen Demokratien Hasspredigten und Radikalisierungen nur kurzfristig zum Erfolg führen und auch ideologische Ausrichtungen von Staaten nur sehr bedingt langfristig überleben. Demokratische Kräfte haben Erfolge, wenn sie die Humanisierung von staatlichen Institutionen vorantreiben. Denn der primäre Sitz der Gerechtigkeit sind nicht nur kluge politische Einzelhandlungen, sondern der systemische Schutz, der durch Institutionen rechtsstaatlicher Demokratien den Menschen geschenkt wird. Dies darf allerdings nie nur nach innen gerichtet sein. Wenn beispielsweise ein amerikanischer Präsident 2017 Entwicklungs- und Nothilfegelder und Zuschüsse zu internationalen Organisationen extrem kürzt, so widerspricht dies zutiefst der universalen Gerechtigkeitsmoral, von der Politik westlicher Demokratien geleitet sein sollte. Die wichtigsten Weltprobleme wie Klimawandel, Not, Armut, Krieg und Terror sind nämlich so groß, dass sie sich nur durch gleichrangige, internationale Zusammenarbeit und Respekt vor der Würde der jeweils anderen bewältigen lassen – insbesondere durch die institutionellen Akteure, die dazu in der Lage sind, diese Weltverantwortung zu übernehmen.

Prädestiniert für die ethische Führungsrolle in der westlichen Welt bleibt beim Ausfall der beiden großen angelsächsischen Akteure die Europäische Union. So geschwächt sie durch politische Anfeindungen von rechts und durch ihre strukturelle Pluralität derzeit ist, so gestärkt ist sie durch die Anfeindungen von außen. Bereits jetzt ist die Europäische Union das *einzig funktionierende supranationale Demokratieprojekt der Welt*, ebenso wie der *EU-Binnenmarkt der größte zusammenhängende Wirtschaftsraum der Welt* ist, was es ermöglicht, dass ein einzigartiger Wohlstand, Freiheit und Rechtssicherheit für die EU-Bürgerinnen und Bürger geboten werden. Jürgen Habermas konstatiert: Die EU ließe sich als entscheidender Schritt zu einer politisch verfassten Weltgesellschaft begreifen. Denn nirgends gibt es so hohe Rechtsstandards für Individuen und Unternehmen, sowohl national wie europaweit, selbst wenn die nationalen Rechtsstandards innerhalb Europas noch stark divergieren.

Die Freizügigkeit führt, vor allem bei den Eliten, den Medien, aber auch in der jungen Generation der Europäerinnen und Europäer zu einer *europäischen Zivilgesellschaft mit vergleichbaren Kultur- und Moralstandards*. Die Wertschätzung für individuelle Freiheit, für die Gleichheit der Würde aller Menschen, für ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben aller, für Rechtsschutz vor dem und durch das Gesetz, für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit auch über staatliche Grenzen hinaus, für globale ökologische Nachhaltigkeit, für Minderheitenschutz und

Konsumentenschutz sind nicht nur ein Teil des formellen *acquis communautaire* oder die Folge des ethischen Rechtsbewusstseins einer *Charta der Grundrechte der Europäischen Union* von 2009. Vielmehr sind diese universalen Werte, Güter und Prinzipien der *Querschnitt einer zivilen Moral*, die Europäer mittlerweile mehrheitlich teilen.

Allerdings steht Europa und die westliche Welt trotz dieser weltanschaulichen Gemeinsamkeiten an einem historischen Scheidepunkt, da diese *zivile Moral der kosmopolitischen Offenheit, Humanität, Toleranz und Solidarität* noch nicht der unbestrittene Konsens unter uns Europäerinnen und Europäern ist. Vielmehr hat erst eine knappe Mehrheit unter den Unionsbürgerinnen und -bürgern eine derartige zivile Rechtsmoral akzeptiert. Viele fragen sich deshalb immer noch zurecht: Kommt es angesichts der Gespaltenheit der Wahlbürger in Europa zu einer Einschrumpfung auf einen Staatenbund mit ökonomischer Blickverengung vor dem Hintergrund der politischen Zweckmäßigkeit? Oder kommt es mittelfristig zu einer supranationalen Erweiterung oder Vertiefung mittels einer europäischen Verfassung? Kommt es langfristig zu einem föderalen europäischen Bundesstaat mit europäischen Bürgern und einem europäischen Staatsvolk, das sich subsidiär in kulturverschiedenen Ländern und Regionen organisiert? Es ist keine offene Frage, dass letzteres die prädestinierte Variante einer Christlichen Sozialethik im Sinne von Frieden und Freiheit auf einem ehemals christlich geprägten Kontinent sein muss.

Die Antwort auf diese Fragen scheint sich gegenwärtig daran zu entscheiden, ob es einen glaubwürdigen und humanen Ausweg aus folgendem ethischen Dilemma gibt: dass die Europäer bei allem Humanitätsanspruch, der ihnen eigen ist, diese sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme der Menschheit nicht auf ihrem eigenen europäischen Boden durch offene Grenzen, ungehinderte Migration und Wohlstandspartizipation des Restes der Welt lösen können. Einerseits kann und darf die vorhandene *Knappheitsrestriktion von Sozialstaaten* nicht zu einer Abschottung gegenüber Notleidenden, asylberechtigten Flüchtlingen führen und in die Trennung des Westens vom Rest der Welt münden, soll das westliche Ideal der Universalität glaubwürdig überleben können. Andererseits dürfen ein Humanitätsanspruch und die Universalität der Werte nicht zu einem Moralimperialismus führen, auch weil sie nur begrenzte Verantwortlichkeiten je nach Fähigkeit und Möglichkeiten, nach sich ziehen. Auch im Bereich der Sozialethik und institutionellen Ethik gilt „*ultra posse nemo obligatur*“.

Ein Lösungsansatz, der noch unausgereift und höchst komplex ist, wäre denkbar. Die Blaupause der Zeitgeschichte besteht jetzt und heute darin, dass es ein kleines Zeitfenster gibt für ein konzertiertes Engagement des reichen Westens, allen voran westlicher und vor allem europäischer Unternehmen, in den am wenigsten entwickelten Staaten Afrikas fair zu investieren. Dies würde es ermöglichen, dass auch

für die am meisten Benachteiligten Win-Win-Situationen im Rahmen der Globalisierung freigesetzt werden und die Hoffnung real wird, dass die Ärmsten in ausreichendem Maße analoge Wohlstandsprozesse durchlaufen wie es große Teile der westlichen Welt und nun auch die Schwellenländer tun. Im Sinne einer Globalen Sozialen Marktwirtschaft ist das westliche, privilegierte Lebensmodell in Wohlstand und Überfluss nicht nachhaltig, so dass die nicht-westliche Welt dies nicht einfach eins zu eins übernehmen kann. Dennoch dürfen wir aus ethischen Gründen niemandem verwehren, an Frieden und Wohlstand partizipieren zu wollen. Globalisierung heißt immer auch globale Inklusion und Wechselseitigkeit, wenn erstere nicht nur wirtschaftlich, sondern menschlich gelingen soll. Wir haben nun die Wahl, ob die bislang weniger privilegierte Welt ihren Anteil am globalen Reichtum durch Migration auf unserem Kontinent sucht oder in ihrer eigenen Heimat, durch den Aufbau ihrer Gesellschaften, Ökonomien und Rechtsstaaten und durch den gleichberechtigten Austausch.

Demokratische westliche Staaten, die meinen, sich isolieren zu können, werden die großen globalen Probleme in ihrem eigenen Land einholen. Zudem ist für Menschen nichts überzeugender als eine authentische Ausrichtung demokratischer Politik an positiven, universalen Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und an Humanität für alle Menschen, deren Nutzen und Sinn jeder und jede einzelne für sich selbst erkennen kann. Der Westen und Europa können nur dann in ihrem eigenen Selbstverständnis glaubhaft bleiben, wenn sie die sie prägenden universalen Normen nicht nur auf sich selbst anwenden, sondern dem Rest der Welt die gleiche Würde zugestehen wie sich selbst. Hilfreich hierzu wäre zu erkennen, dass die am meisten Benachteiligten dieser Welt Europa und den Westen nicht bedrohen, sondern in der eigenen moralischen Identität bestärken, wenn man sich kosmopolitisch fair und auf gleicher Augenhöhe aufeinander ausrichtet. Dies bedeutet, dass Europäer und Europäerinnen sich angesichts ihrer christlichen Wurzeln und der Menschenrechtstradition der Aufklärung im Namen der allgemeinen Menschenwürde solidarisch zeigen sollten, soweit sie können. Denn nicht die Maximierung der eigenen Interessen hält den Westen und Europa zusammen, sondern die langfristige Überzeugungskraft freiheitlicher, universalen und humaner Werte; die *Idee der Humanität* aller macht nach innen wie nach außen hin die die eigentliche westliche Identität aus.

Die Langfassung des Beitrags wird in Kürze in der Zeitschrift *Theologie der Gegenwart*, Heft 3/2017 erscheinen.

Die Verfasserin

Elke Mack ist Professorin für Christliche Sozialethik der Katholisch-Theologischen Fakultät Erfurt.